

Beitrag der Open Knowledge Foundation Deutschland zur parlamentarischen Anhörung am 30 November 2016 zur Umsetzung der 2030 Agenda

1. Hintergrund: Wer ist die OKF

Die [Open Knowledge Foundation Deutschland](#) ist ein Verein in Berlin, der sich einsetzt für offene Daten und digitale Tools. Ziel unserer Arbeit ist die Förderung von Transparenz, Rechenschaftslegung und Bürgerbeteiligung auf lokaler und nationaler Ebene. Wir sind Teil eines internationalen Netzwerkes in mehr als 40 Ländern der Welt.

Unsere Projekte sind beispielsweise Open Budgets ein EU weites Projekt zu offenen Haushaltsdaten, DIGIWHIST ein EU Projekt zur öffentlichen Auftragsvergabe, Code for Germany zur Förderung von Civic Tech in 25 deutschen Städten, unser Jugendhackt Programm für Kinder und Jugendliche das FragdenStaat Portal zur Informationsfreiheit und 2030Watch. Im Rahmen von [2030Watch](#) pilotieren wir das Monitoring der SDG Umsetzung in Deutschland und anderen OECD Ländern anhand von offiziellen und inoffiziellen Indikatoren.

Ich werde in meinem Beitrag vor allem auf die Frage eingehen, welche Veränderungen es in Deutschland braucht, um die SDGs umzusetzen. Kernbotschaft meines Vortrags ist es, dass ein datenbasiertes Monitoring auf der Basis von angemessenen Indikatoren und aussagekräftigen Daten zentral für die Fortschrittskontrolle und Rechenschaftslegung, und damit für die Umsetzung der 2030 Agenda ist. Ich werde im folgenden 12 Thesen zu Indikatoren, zu Daten und zum Monitoring aufstellen und diesbezüglich auf den aktuellen Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie eingehen.

12 Thesen zur Datenrevolution: Indikatoren, Daten und Monitoring

1. Die Indikatoren im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie decken nur $\frac{1}{4}$ der SDG Targets und sollten ergänzt werden.

Wichtige Unterziele wie beispielsweise 10.7 zu Migration und Mobilität werden ausgelassen. Eine Operationalisierung dieses Unterziels ist sicher sehr politisch und kontrovers, sollte aber dennoch in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren angegangen werden. Zu diesem Unterziel hat die Bundesregierung in den internationalen Verhandlungen zu SDG Indikatoren beispielsweise den MIPEX Index vorgeschlagen. Dieser Index wird von zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen in einem großen internationalen Kooperationsprojekt entwickelt und umfasst 167 in 8 Themenfeldern (Gesundheit, Familienzusammenführung, Arbeitsmarkt, etc.)

2. Teilweise werden Unterziele in den Indikatoren abgebildet, ohne dabei aber auf die Bereiche einzugehen, in denen Deutschland eine besondere Verantwortung trägt.

Beispiele dafür sind:

- Die starke Abhängigkeit von Schulleistungen vom Einkommen der Eltern ([Bertelsmann Social Justice Index](#)),
- Waffenexporte in Krisenregionen (Umfang der Exporte in Länder in die nach dem EU

- Code of Conduct nicht exportiert werden sollte, [BICC](#))
- Subventionen fossiler Energieträger (wird von der Inter Agency and Expert Group zu den SDGs (IAEG) vorgeschlagen)
- Die Förderung von Finanzflucht aus Entwicklungsländern durch mangelnde Transparenz im Finanzmarkt (16.4 Illicit financial flows [Financial Secrecy Index](#))

3. Die im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie vorgeschlagenen Indikatoren sind teilweise unangemessen.

Nicht sinnvoll ist beispielsweise der **Gini Index** zur Messung von **Einkommensverteilung und Vermögensverteilung**. Sinnvoller wäre der auch von NRW vorgeschlagene **Palma Index**, der die Ungleichheit zwischen den reichsten 10% der Gesellschaft und den 40% mit den niedrigsten Einkommen oder Vermögen misst.

Auch der neue **Verkehrsindikator** Energieverbrauch im Personen- und Güterverkehr ist wesentlich schlechter als der Indikator in der alten Nachhaltigkeitsstrategie Anteil des Schienenverkehrs am Güterverkehr in %. Der alte Indikator bildet präziser das Ziel der Verkehrsverlagerung Bundesregierung (Koalitionsvertrag, Aktionsprogramm Klima 2020) ab. Der neue Indikator greift zu kurz weil der Schienenverkehr neben seinem geringen Energieverbrauch weitere Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern aufweist (Erneuerbare Energien (42%), Klimaschutz, Luftreinhaltung, Verkehrssicherheit, Flächenverbrauch).

4. Die Umsetzung von SDG 16 im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie ist sowohl in den Maßnahmen als auch in den Indikatoren völlig unzureichend.

SDG16 wird von der Bundesregierung im Entwurf der neuen Nachhaltigkeitsstrategie als Schlüsselziel bezeichnet und hat auch aus Sicht der OKF eine besondere Bedeutung, weil es in diesem SDG um die Qualität politischer Entscheidungsprozesse geht. Damit alle 17 SDGs umgesetzt werden können muss das langfristige Gemeinwohl in politischen Entscheidungsprozessen gegenüber Partikularinteressen durchgesetzt werden. Dies gilt vor allem dort, wo Interessenskonflikte bestehen. Zu den Themen Transparenz, Partizipation, Informationsfreiheit und Korruptionsbekämpfung (Unterziele 5,6,7 und 10) gibt es weder Maßnahmen noch Indikatoren. Relevante Stichwörter um dieses Themen auf Deutschland anzuwenden sind:

- Verbesserung der Informationsfreiheit in Deutschland ([Access Info Studie](#) 2013: 54 von 150 Punkten; IFG Gesetze fehlen in Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Hessen)
- Kostenfreier und umfassender [Zugang](#) zu Unternehmensregistern
- Die Einführung staatlich verbindlicher Berichterstattungspflichten von Unternehmen
- Größere Transparenz von Lobbyaktivitäten und Parteienfinanzierung

5. Nationale und lokale Indikatoren sollten standardisiert werden, um Vergleiche zu erlauben.

Für Bürgerinnen und Bürger und für die Medien ist vor allem interessant, wie die Umsetzung der SDGs in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern gelingt. Dazu sind einheitliche Indikatoren nötig. Auch für den Erfahrungsaustausch ist es hilfreich, wenn Indikatoren auf internationaler Ebene verglichen werden können, beispielsweise im Kontext der EU, der OECD oder der G20.

6. Die Zielwerte, die bis 2030 für die einzelnen Indikatoren erreicht werden sollen, sollten in Konsultation mit ZG und Wissenschaft festgelegt werden

7. Für einige SDG Unterziele fehlt die nötige Disaggregation der Daten oder die Daten werden gar nicht erhoben. Dafür sind die nötigen Ressourcen zu schaffen.

Ein zentrales Versprechen der 2030 Agenda ist "Leave no one behind". Die 17 Ziele der Agenda sollen erst dann als erreicht gelten, wenn sie auch für marginalisierte Menschen erreicht sind. Auf Datenebene heisst das, dass Daten so disaggregiert gesammelt werden müssen, dass sie Aussagen über die Erreichung marginalisierter Menschen erlauben. Dies ist für die [DESTATIS Daten](#) im Rahmen der internationalen Berichterstattung 2016 nur teilweise möglich. Insbesondere fehlt die Disaggregation für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen beispielsweise im Bezug auf Arbeitslosigkeit oder Armutsrisiko.

Ein Beispiel für fehlende Daten ist das Unterziel 11.1. Zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum. In Deutschland gibt es nicht Slums wie wir sie aus Entwicklungsländern kennen. Aber es gibt Obdachlosigkeit. Zu diesem Phänomen gibt es in Deutschland jedoch keine Daten.

Damit relevante Daten in hoher Disaggregation erhoben und ausgewertet werden können ist eine ausreichende Ressourcenausstattung beim statistischen Bundesamt und bei den Landesämtern wichtig.

8. Alternative Datenquellen sollten zur Fortschrittskontrolle und Rechenschaftslegung im Rahmen der 2030 Agenda herangezogen werden

Viele Forschungsinstitute und zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch Unternehmen sammeln Daten, die in diesem Kontext sinnvoll zusammengebracht werden könnten. Dieser Vorschlag stammt aus dem Bericht des High Level Panels of Eminent Persons an den UN Generalsekretär von 2013 und wurde von der UN Expertenkommission zur sogenannten "Data Revolution" im Nov 2014 aufgegriffen. Dazu gibt es bisher in Deutschland keine öffentliche Debatte und außer dem OKF Projekt 2030Watch auch keine Pilotvorhaben. Die Bundesregierung sollte die Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung alternativer Datenquellen auf nationaler Ebene und im Kontext der OECD und der EU voranzutreiben. Beispielsweise durch eine Multiakteurspartnerschaft im Kontext des gleichnamigen GIZ Vorhabens oder durch Arbeitsgruppen auf der Ebene der Sektorministerien.

9. Unternehmen sollten standardisierte Daten zu ihrem ökologischen und sozialem Fussabdruck als Open Data veröffentlichen.

Im bereits erwähnten Bericht des HLPEP von 2013 wird die Bedeutung der Umwelt- und Sozialberichterstattung großer Unternehmen explizit betont (HLPEP, S.23). Diese Empfehlung wird in dem Bericht der UN Expertenkommission im Nov 2014 aufgegriffen (A world that counts, S.18). Die Bundesregierung sollte daher Maßnahmen ergreifen, um die Berichterstattung von Unternehmen auf nationaler Ebene, auf EU Ebene, auf OECD und im Rahmen der G20 verbindlich durchzusetzen.

10. Um vorhandene Daten besser zu nutzen sollte die Bundesregierung zügig ein ambitioniertes Open Data Gesetz verabschieden.

Ein wesentlicher Teil der sogenannten Data Revolution ist die bessere Nutzbarkeit vorhandener Daten. Open Data oder offene Daten sind Daten der öffentlichen Verwaltung,

die maschinenlesbar und mit offenen Lizenzen veröffentlichen werden, sofern es keine im Vorfeld definierten Datenschutzeinschränkungen gibt. Zahlreiche Studien belegen den Wert von Open Data für Innovation und Rechenschaftslegung. Dies gilt im Kontext der SDGs beispielsweise für Verkehrsdaten, Geodaten, Infrastrukturdaten oder staatlich finanzierter Forschungsdaten. Die Bundesregierung hat sich 2013 im Rahmen der G8 Open Data Charter zur Veröffentlichung staatlicher Daten als Open Data verpflichtet, diese Verpflichtung bisher aber nur sehr unzureichend umgesetzt. In ihrer [Rede](#) vom 7. Sept. 2017 hat die Bundeskanzlerin ein Open Data Gesetz angekündigt, das der Bedeutung von Daten als Rohstoff des 21. Jahrhunderts gerecht werde. Der vorgelegte Entwurf des BMI weist jedoch deutliche Lücken auf.

11. Das Monitoring Der SDGs sollte öffentlichkeitswirksam sein

Damit Bürgerinnen und Bürger und die Medien die Umsetzung der SDGs nachvollziehen können, sollten die Daten und Indikatoren übersichtlich, benutzerfreundlich und tweetbar aufbereitet werden - online und offline. Auch die Einbeziehung von Ländervergleichen, Städtevergleichen oder Bundeslandvergleichen sind sinnvoll, um das Medieninteresse zu erhöhen.

12. Ein Monitoring der SDG Umsetzung ist auch auf lokaler Ebene wichtig.

Monitoring auf lokaler Ebene ist wichtig, weil viele Entscheidungen zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene getroffen werden. Darüber hinaus besteht auf lokaler Ebene eine größere Chance ein **größeres Interesse von Bürgerinnen und Bürgern** an der Agenda zu wecken, da auf dieser Ebene ein direkter Bezug zum eigenen Alltag hergestellt werden kann beispielsweise bei den Themen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Fahrradwege, Müllaufkommen, Integration von MigrantInnen oder bei der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit. Auch auf lokaler Ebene sollten Indikatoren standardisiert werden, beispielsweise in Kooperation mit dem internationalen Netzwerk lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen ICLEI, dem World Council of City Data oder dem deutschen Städtebund. Die OKF wird dazu in 2017 ein Pilotprojekt durchführen.